

## ► Flüchtlinge im Landkreis Ludwigsburg

UKRAINE

## Landkreis hinkt landesweit bei Flüchtlingsaufnahme hinterher

Nimmt der Landkreis Ludwigsburg genügend Flüchtlinge auf? Während die Bürgermeister über die hohen Zuweisungen vom Land klagen, sprechen die offiziellen Zahlen eine andere Sprache.

KREIS LUDWIGSBURG

VON STEPHAN WOLF

Landrat Dietmar Allgaier wird nicht müde, auf die schwierige Lage der Kommunen hinzuweisen. Donnerstagabend konnte er die Klage von Städten und Gemeinden über volle Flüchtlingsunterkünfte sogar in den ARD-Tagesthemen in ganz Deutschland formulieren. „Unsere Möglichkeiten werden spätestens zu Beginn des kommenden Jahres erschöpft sein“, sagt der Landrat. „Denn wenn alle Turnhallen belegt sind, möglicherweise noch Zelte aufgebaut und Container angemietet oder erworben wurden, dann sind die Kapazitäten erschöpft. Und das ist das, was uns Sorge macht.“ Jede Woche werden dem Landkreis derzeit rund 150 bis 200 neue Flüchtlinge aus der Ukraine vom Land zugewiesen. Die Zahlen steigen seit Wochen an, wie das zuständige Regierungspräsidium Karlsruhe in internen Berechnungen für das gesamte Land angibt. Mitte September waren es 127.393 Menschen, die entweder privat Unterkunft gefunden hatten oder in Erstaufnahmestelle untergebracht wurden, vergangene Woche waren es schon 131.421. Stadt- und Landkreise melden regelmäßig, wie viele Menschen privat Unterkunft gefunden haben (so genannte Flächenfälle), hinzu kommt die Zahl der Flüchtlinge aus den Erstaufnahmestellen des Landes. Mitte September sind, so geht aus den Unterlagen, die unserer Zeitung vorliegen, im Kreis Ludwigsburg 5410 Flüchtlinge aufgenommen worden. Ende August waren es 4742.

Allerdings hinkt der Landkreis bei der Aufnahme hinterher. Er müsste laut dem allgemeinen Verteilungsschlüssel weit mehr Menschen aufnehmen. Deshalb hat Ludwigsburg im Vergleich zu den übrigen Kreisen im Land die aktuell höchste Aufnahmequote. Lag sie im August noch bei



In der Sporthalle des Beruflichen Schulzentrums Bietigheim-Bissingen hat der Landkreis derzeit 35 Flüchtlinge untergebracht. Die Halle bietet rund 160 Plätze. Foto: Alfred Drossel

15,87 Prozent, war sie Mitte September mit 17,91 Prozent sogar noch höher. Ende des vergangenen Monats war sie auf 14,73 gefallen. Das entspricht etwa einem Siebtel aller ukrainischer Flüchtlinge aus Baden-Württemberg.

Im Vergleich zum Landkreis Esslingen, der eine ähnlich hohe Soll-Quote hat, weist Ludwigsburg ein größeres Aufnahmefizit auf, wie das Regierungspräsidium Karlsruhe bestätigt. Nur, woran liegt das? Schon Mitte August hat der Erste Landesbeamte Jürgen Vogt an die Bürger-

meister geschrieben und dazu aufgefordert, die sogenannten Flächenfälle zügig an das Regierungspräsidium zu melden. Denn er fürchtete, dass eine Ursache für die hohe Aufnahmequote ihre Ursache in einer verzögerten Meldung der schon untergebrachten Flüchtlinge liegen könnte. Dies habe sich aber nicht bestätigt, heißt es vom RP und dem Landratsamt unisono. Das Regierungspräsidium weist auch darauf hin, dass viele Geflüchtete aus der Ukraine insbesondere im Frühjahr gezielt bestimmte Kreise aufgesucht haben, wäh-

rend andere Kreise (wie etwa Ludwigsburg) wenig Direktzugänge zu verzeichnen hatten. Deshalb dauere es, bis sich die Zahlen angeglichen hätten.

Landrat Allgaier verweist darauf, dass es Probleme bei der Registrierung gebe. „Oft melden sich die Flüchtlinge in einem Landkreis und ziehen dann in einen anderen weiter.“ Die Zuweisungen und die tatsächliche Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge klapften deshalb auseinander. Er setzt zudem Hoffnungen in die neue Erstaufnahmestelle des Landes in Kornwestheim. Dadurch würde sich die Zahl der Flüchtlinge, die der Landkreis sonst noch aufnehmen müsse, deutlich reduzieren. Das sehe man auch in Esslingen. Dort konnten auf einen Schlag zwei Hallen mit jeweils 500 Plätzen angemietet werden. Die Aufnahmequote liegt dort noch bei 5,1 Prozent.

Allgaier wird dennoch nicht müde, auf eine Veränderung des Verteilungsschlüssels zu drängen. „Es kann nicht sein, dass gerade in den urbanen Landkreisen, wo ohnehin schon Wohnungsnot herrscht, die meisten Flüchtlinge untergebracht werden müssen.“ Deshalb ruhen seine Hoffnungen auf dem Gespräch der Kommunen mit Innenministerin Nancy Faeser am 11. Oktober.

## FLÜCHTLINGE

## Königsteiner Schlüssel

Der Königsteiner Schlüssel legt in Deutschland fest, wie viele Asylbewerber ein Bundesland aufnehmen muss. Berechnet wird dies jedes Jahr neu auf der Basis der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl. Der Schlüssel wird von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) berechnet und verdankt seine Entstehung dem Königsteiner Staatsabkommen vom 31. März 1949, das ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Im Königsteiner Schlüssel wurde ursprünglich festgelegt, wie die einzelnen Länder an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind. In der Folge kam er für immer mehr Aufgaben wie der Bildung zur Anwendung. (stew)

## Moment mal

## Kuscheldecken gegen das Frösteln im Ratssaal

VON SABINE FRICK

Wenn eine Gemeinderatssitzung so ihre üblichen zwei, drei Stunden dauert, dann kann im Zuhörerraum folgendes passieren: Entweder packt die Bürger das kalte Grausen oder es wird ihnen siedend heiß. Der Zustand wird im Wesentlichen von Qualität und Inhalt der gemeinderätlichen Debatte bestimmt.



In Erdmannhausen dürfte es aber in den kommenden Monaten schwierig werden, als Zuhörer Hitzewallungen zu bekommen – auch der Ratssaal wird nur auf maximal 19 Grad geheizt. Um aber einer größeren Grippewelle unter den kommunalpolitisch Interessierten vorzubeugen, liegen nun weiche, graue Kuscheldecken aus. Die sollen für Wohlfühlatmosphäre sorgen und wenn die Bürger dann doch ein gewisses Frösteln verspüren, wird es vermutlich an den Gemeinderäten liegen.

Ob die vier Decken (Foto: Angelika Baumeister) ausreichen, muss sich noch zeigen. Die Verwaltung soll aber noch über ausreichende Vorräte verfügen. Wenn schon Gas und Öl knapp sind, herrscht wenigstens kein Mangel an Kuscheldecken.

SABINE FRICK  
sabine.frick@lkz.de

TAMM

## Streit zwischen zwei Taxi-Fahrern

Eine verbale Auseinandersetzung zwischen zwei Taxifahrern ist am Donnerstagnachmittag in der Bahnhofstraße in Tamm ausgeartet. Zwischen einem 25-jährigen und einem 74-jährigen Taxifahrer soll es laut Polizei bereits seit längerer Zeit regelmäßig zu Streitigkeiten gekommen sein. Am Donnerstag hatte der 25-Jährige gegen 15 Uhr einen Fahrgast zum Bahnhof gebracht und wollte sich wieder in sein Taxi setzen, als er scheinbar grundlos von dem 74-Jährigen beleidigt und mit einem Tierabwehrspray bedroht worden sein soll. Nach einer kurzen verbalen Auseinandersetzung soll der 74-Jährige aus seinem Taxi eine Kunststoffflasche geholt und durch das geöffnete Fahrerfenster auf den 25-jährigen eingeschlagen haben. Dieser wurde laut Polizei leicht im Gesicht verletzt.

Der Polizeiposten Tamm ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung. (red)

## KONTAKT

Kreisredaktion  
E-Mail: kreisredaktion@lkz.de  
Telefon: (07141) 130-243

## Streit über die Rolle der Bundesregierung

Landrat Dietmar Allgaier hatte vier Bundestagsabgeordnete aus dem Landkreis um Unterstützung in der Flüchtlingsunterbringung gebeten. Die Antworten fallen sehr unterschiedlich aus.

KREIS LUDWIGSBURG

VON STEPHAN WOLF

„Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und insbesondere für die Kommunen ein großer Kraftakt, der vom Bund entsprechend unterstützt werden muss“, sagt der Ludwigsburger SPD-Bundestagsabgeordnete **Macit Karaahmetoglu**. Aktuell unterstütze der Bund die Länder mit 5,5 Milliarden Euro im Jahr. Es brauche aber Regelungen für dieses und das kommende Jahr. „In dieser speziellen Situation sollten wir prüfen, ob eine flexiblere Verteilung helfen könnten, verweist er

auf den Vorschlag der Kornwestheimer Oberbürgermeisterin Ursula Keck eines interkommunalen Austausches. Allerdings sei es in größeren Städten oft leichter, einen Job zu bekommen. Zudem könnte es zu verstärkten Anfeindungen kommen, wenn übermäßig viele Schutzsuchende in möglicherweise strukturschwachen Räumen untergebracht werden. Er hält es nach wie vor für richtig, dass ukrainische Flüchtlinge mit anerkannten Asylbewerbern gleichgestellt werden. „Was mir aber ebenso wichtig ist: Begriffe wie ‚Sozialtourismus‘, ‚Sogwirkung‘ und ‚Pull-Effekt‘ halte ich für völlig unangebrachte Züdelei und einen Ausdruck fehlenden Respekts gegenüber den Menschen, die dem grausamen Krieg von Putin entkommen sind.“

So sieht das auch die Grünen-Abgeordnete **Sandra Detzer** (Ludwigsburg). Wir sind ein solidarisches Land und werden uns nicht spalten lassen. Denn genau das ist es, was Putin beabsichtigt.

Der Verteilschlüssel der Flüchtlinge habe sich bewährt. Die Bundesländer dürften sich davon nicht eigenmächtig verabschieden. „Trotzdem war der Vorschlag von Ursula Keck ja ganz im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit den Geflüchteten“, so Detzer weiter. „Wenn es hier eine Art Öffnungsklausel für eine Kooperation zwischen Kommunen gäbe, fände ich das gut.“ Ebenso begrüßt sie, dass Innenministerin Nancy Faeser am 11. Oktober zu einem Flüchtlingsgipfel eingeladen hat. Der Bund würde die Kommunen nicht im Stich lassen. Im April seien zusätzlich zwei Milliarden Euro an Hilfen zugesagt worden. Jetzt werde über weitere Hilfen verhandelt. Dass ukrainische Flüchtlinge Hartz IV erhalten, sei „absolut richtig“ und sie fürchte von Einzelfällen abgesehen auch keine Sogwirkung. Eine Änderung hätte eine fatale Wirkung, auch gegenüber der Ukraine.

**Steffen Bilger** zeigt sich hingegen enttäuscht über die Bund-

Länder-Gespräche. Die Ampel-Koalition dürfe die Belastungen der Kommunen nicht länger ignorieren. „Am Geld allein liegt es allerdings nicht, denn es fehlt schlichtweg an Wohnraum, Helfern, Betreuung für die Vielzahl ankommender Flüchtlinge. Daher muss die Bundesregierung endlich etwas unternehmen, um die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren.“ Er appelliert an „unsere Partner in der Europäischen Union, ihren Teil der Verantwortung mit zu tragen. Dies geschieht bisher zu wenig.“ Es seien dringende Änderungen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik geboten. „Wenn die Ampel-Koalition neue Anreize schafft, während in anderen Ländern die Sozialleistungen deutlich niedriger sind, wird eine faire Verteilung der Flüchtlinge äußerst schwierig.“ Bilger fordert deshalb, Hartz IV für ukrainische Flüchtlinge zurückzunehmen. Das „Bürgergeld“ werde zudem für zusätzliche Migration nach Deutschland sorgen.

„Statt Fehlanreize für irreguläre Migration zu schaffen, muss die Innenministerin Faeser endlich unsere Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge entlasten“, fordert **Fabian Gramling**. Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Neckar-Zaber sieht bei vielen Kommunen die Belastungsgrenze bereits heute erreicht. Allein der Landkreis Ludwigsburg habe bis Ende September bereits deutlich mehr Flüchtlinge aufgenommen als zu Zeiten der Flüchtlingsmigration im Jahr 2015. Die Ressourcen vor Ort seien aufgebraucht.

Man müsse auch darüber nachdenken, ob Flüchtlinge in Einrichtungen des Bundes untergebracht werden könnten, so Gramling weiter. Die dringend benötigte Unterstützung bei den Unterbringungsmöglichkeiten, erweiterte Registrierungskapazitäten und Möglichkeiten der vereinfachten Verteilung seien bislang an der Kompromisslosigkeit des Kanzlers gescheitert, kritisiert der CDU-Politiker.